

d·i·e

Deutsches Institut für  
Entwicklungspolitik



German Development  
Institute

**Verluste und Schäden**

# Governance-Mechanismus für langsam eintretende Klimaänderungen auf dem Prüfstand

Von Mariya Aleksandrova & Idil Boran

*Deutsches Institut für  
Entwicklungspolitik (DIE)*

# Die aktuelle Kolumne

*vom 14.10.2019*

# Governance-Mechanismus für langsam eintretende Klimaänderungen auf dem Prüfstand

Bonn, 14.10.2019. Wetterextreme und Katastrophen, die durch die globale Erwärmung verursacht werden, wie Überschwemmungen, Hurrikane und Hitzewellen, erhalten zunehmend Aufmerksamkeit in den Medien und den politischen Debatten. Schleichende Folgen des Klimawandels wie der Anstieg des Meeresspiegels, die Versauerung der Ozeane, der Rückzug der Gletscher, die Degradation von Böden und der Verlust der biologischen Vielfalt sind ebenfalls schwerwiegend und dürfen nicht übersehen werden. Im Jahr 2013 erkannten die Vertragsparteien der Klimarahmenkonvention der Vereinten Nationen (UNFCCC) die zunehmenden Klimarisiken an und schufen den Warschauer Internationalen Mechanismus für Verluste und Schäden (WIM). Der WIM leistet Entwicklungsländern technische Hilfe, um bleibende Verluste und Schäden infolge des Klimawandels zu vermeiden, zu minimieren und zu beheben. In der kommenden Woche trifft sich das Exekutivkomitee (ExCom) des WIM in Bonn, um unter anderem darüber zu diskutieren, wie es seine Aktivitäten unter dem Dach der UNFCCC am besten koordinieren kann. Dieses Treffen ist auch deshalb von besonderer Bedeutung, weil im Dezember bei der UN-Klimakonferenz (COP25) in Chile Struktur, Mandat und Wirksamkeit des WIM auf dem Prüfstand stehen werden.

Aktuelle wissenschaftliche Befunde des Weltklimarats (IPCC) geben alarmierend klare Einschätzungen zu den beobachteten und potenziellen Klimafolgen ab. Der Sonderbericht 2018 über die Auswirkungen der globalen Erwärmung von 1,5 °C weist auf einen erheblichen Unterschied zwischen den Auswirkungen einer globalen Erwärmung um 1,5 °C gegenüber 2 °C hin. Der Sonderbericht über Klimawandel und Land (2019) bewertet den Verlust von Nutzflächen durch Wüstenbildung und extreme Bodenerosion, samt ihrer Folgen für landwirtschaftliche Produktion und Ernährungssicherheit. Der kürzlich veröffentlichte Sonderbericht über die Ozeane und die Kryosphäre in einem sich ändernden Klima beleuchtet die Folgen von großen Schäden an Eisschilden und Gletschern, einer schrumpfenden Schneedecke und schwindendem Eis in der Arktis, auftauenden Permafrostböden und deren Auswirkungen auf die menschlichen Lebensbedingungen. Der aktuelle Global Assessment Report on Biodiversity and Ecosystem Services der Intergovernmental Science-Policy Platform on Biodiversity and Ecosystem Services (IPBES) betont zudem die Kaskadeneffekte einer raschen Zerstörung von Natur und Biodiversität. Was all diese Berichte miteinander verbindet, ist die Dringlichkeit von Maßnahmen zum Aufbau von Resilienz – nicht nur gegenüber plötzlich einsetzenden Extremereignissen, sondern auch gegenüber den schleichenden Auswirkungen des Klimawandels.

Selbst wenn die globale Erwärmung auf 1,5 °C begrenzt werden kann, bleiben enorme Risiken von Ver-

lusten und Schäden bestehen. Die damit verbundenen Auswirkungen auf Armut, Gesundheit und menschliche Sicherheit haben langfristige Auswirkungen auf nachhaltige Entwicklung. Soziale, wirtschaftliche und politische Faktoren, z. B. die Nutzung und Bewirtschaftung von Land- und Wasserressourcen, sind ein wesentlicher Teil der Risikogleichung. Schon jetzt tragen Meeres-, Land- und Süßwasserökosysteme die Hauptlast der kumulativen Folgen von Übernutzung und Verschmutzung. Diese Effekte erhöhen das Risiko von Verlusten und Schäden durch langsam ablaufende Prozesse.

Ein integrierter, kohärenter, koordinierter und langfristiger Ansatz für das klimabezogene Risikomanagement ist erforderlich, um der Komplexität der Risiken und der Vielzahl von Reaktionsmöglichkeiten bei langsam auftretenden Ereignissen gerecht zu werden. Dies spiegelt sich auch in Artikel 8 des Pariser Abkommens wider, der „die Rolle der nachhaltigen Entwicklung bei der Verringerung des Risikos von Verlusten und Schäden“ hervorhebt. Maßnahmen zur Minderung von Verlusten und Schäden sollten mit den Zielen für nachhaltige Entwicklung (SDGs) sowie mit weiteren Prozessen und Institutionen, die die Klima- und Entwicklungspolitik heute prägen, in Einklang stehen.

Dem WIM fehlt jedoch derzeit die Anbindung an andere internationale Prozesse und Institutionen. Eher früher als später sollte sich der WIM an verschiedenen etablierten Regelwerken orientieren, z. B. (1) „Land Degradation Neutrality“ gemäß der UN-Konvention zur Bekämpfung der Wüstenbildung (UNCCD), (2) den Aichi-Zielen der Konvention über die biologische Vielfalt (CBD) und vor allem (3) der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung. Eine enge Verzahnung kann dazu beitragen, die mit allmählich auftretenden Klimafolgen verbundenen Risiken gezielter anzugehen. Dies kann in verschiedenen Sektoren von Nutzen sein, etwa der Gesundheit, beim sauberen Wasser, der Bodenproduktivität und der Biodiversität. Es wird ebenfalls von zentraler Bedeutung für eine erfolgreiche Umsetzung sein, ein breites Spektrum von Akteuren auf lokaler und regionaler Ebene, darunter der Privatsektor, öffentlich-private Partnerschaften, Städte und Regionen, einzubeziehen.

Mit der Sitzung des Exekutivkomitees in der nächsten Woche und der bevorstehenden COP25 in Chile befindet sich der WIM in einer kritischen Phase. Den Governance-Mechanismus zu stärken wird entscheidend sein, um auf nationaler Ebene Maßnahmen zur Bewältigung langsam auftretender Klimarisiken zu ermöglichen. Die bevorstehende Überprüfung des WIM bietet hierzu eine gute Gelegenheit – sie sollte genutzt werden.